

■ Immer mehr Waffen für Kiew

Stolpern in den Weltkrieg

Gastkommentar von Sahra Wagenknecht

Der Waffenhunger der ukrainischen Führung scheint grenzenlos. Kaum haben die USA und Deutschland verkündet, der Ukraine »Leopard«- und »Abrams«-Panzer zu liefern, fordert der ukrainische Präsident Selenskiy Kampfjets und Raketen. Zwar hat Kanzler Scholz die Lieferung von Kampfflugzeugen oder die Entsendung von Bodentruppen am Mittwoch im Bundestag ausgeschlossen. Doch wie glaubhaft ist das, nachdem er schon mehrfach rote Linien gezogen hat, nur um sie wenig später zu überschreiten? Erste Gespräche zwischen NATO-Chef Stoltenberg und Selenskiy über die Lieferung von F-35-Atombomben laufen wohl schon, und sowohl die USA als auch Frankreich schließen nicht aus, der Ukraine Kampfjets zu liefern.

»Wir kämpfen einen Krieg gegen Russland«, entschlüpfte es der deutschen Außenministerin auf einer Versammlung des Europarats. Weiß Frau Baerbock nicht, was sie da sagt? Oder will sie demnächst auch deutsche Soldaten zur Begleitung deutscher Panzer in die Schlacht gegen Russland schicken, da für die Ausbildung ukrainischer Soldaten die Zeit fehlt? Oder wurden wir alle getäuscht und diese Ausbildung hat längst stattgefunden, da man schon vor Monaten entschieden hat, »Leopard«-Panzer zu liefern?

So oder so: Ohne ein direktes Eingreifen der NATO wird die Ukraine ihr Ziel, die russischen Truppen auch aus dem Donbass und von der Krim zu vertreiben, kaum erreichen. »Ein Sieg ohne Luftwaffe ist kaum vorstellbar«, bringt es der ukrainische Vizeaußenminister und

Bandera-Verehrer Melnyk auf den Punkt.

Der Westen wird sich also entscheiden müssen: Wird er für einen Sieg der Ukraine russisches Roulette spielen und einen Atomkrieg riskieren? Oder werden die USA und die NATO noch zur Vernunft kommen und die Ukraine dazu bringen, einen Kompromissfrieden zu akzeptieren? Aber wie zynisch ist es dann, die ukrainische Führung jetzt durch immer neue Waffenlieferungen zu ermutigen, weitere Zigtausende, vielleicht Hunderttausende Menschen in den Tod zu schicken?

Wir sind auf einer abschüssigen Bahn, die in einem Weltkrieg und einer atomaren Apokalypse enden kann. Und klar ist auch: Für einen Kriegseintritt müsste der Westen jene »Werte« opfern, die bislang zur Rechtfertigung des Krieges herangezogen werden, allen voran Meinungsfreiheit und Demokratie. Denn ein solcher Schritt in den Abgrund ließe sich der Bevölkerung auch bei fortgesetzter Medienpropaganda wohl kaum schmackhaft machen.

»Es setzt sich nur so viel Wahrheit durch, als wir durchsetzen. Der Sieg der Vernunft kann nur der Sieg der Vernünftigen sein« – an diese Weisheit von Bertolt Brecht muss man jetzt anknüpfen, indem wir der Panzer- und Bomberkoalition, die Teile der herrschenden Eliten schmieden, eine große Koalition der Vernünftigen entgegenstellen. Diese muss ihre vielen Stimmen erheben und sich widersetzen – in den Betrieben, den Medien, den Parlamenten und auf der Straße!

■ Sahra Wagenknecht (Die Linke) ist Abgeordnete im Bundestag

■ Krisengesicht des Tages

Klara Geywitz



Frage, dass in Berlin 139 Interessenten auf eine Wohnungsanzeige kommen? In »anderen Ecken Deutschlands« gebe es Leerstand, zudem wolle man das Baugesetzbuch ändern. Doof nur, dass es in der Hauptstadt da noch diesen Volkstempel zur Vergesselschaftung großer Immobilienkonzerne gibt. Wie man aus der Nummer wieder rauskommt? Geywitz macht die Giffey und zieht die heftig abgegrabbelte DDR-Karte aus dem Ärmel. Sie komme »aus einem Staat, der das mit den Eigentumsrechten seiner Bürger nicht so wahnsinnig wichtig genommen hat«. Daher halte sie »in unserem Rechtsstaat nicht viel von Enteignungen«.

Ihre misslungene sozialistische Sozialisation beweist die Brandenburgerin gekonnt. Mit mehr Geld werde das Problem, dass Wohnen zunehmend zum Luxus wird, nicht gelöst. Denn: »Ein Produkt, das nur funktioniert, weil es eine staatliche Grundsubvention hat, ist nicht zu zukunftsfähig.« Wenn ein Grundrecht zum Produkt verkommt, steht die SPD Spalier. Das eigentliche Knallerzitat aus dem am Freitag veröffentlichten Gespräch: »Ich bin das Gesicht zur Baukrise.« So viel Einsicht in sozialdemokratische Unfähigkeit war selten.

Jan Greve

Explodierende Mieten, zu wenige bezahlbare Wohnungen: Ist irgend etwas dadurch besser geworden, dass seit gut einem Jahr eine Bundesbauministerin am Kabinettsitz sitzt? Nun, zumindest hat der Spiegel eine Interviewpartnerin mehr. Mit Klara Geywitz gibt es jetzt eine zuständige Politikerin, die schlechte Nachrichten mit sozialdemokratischen Floskeln drapieren darf. Beispiel: Die Lage sei »schwierig«, der Staat habe »zuwenig Geld in den sozialen Wohnungsbau« investiert – das könne man aber »nicht von heute auf morgen« ändern. Heißt: Schluckt gefälligst auch die nächste Mieterhöhung im Glauben, damit Putin einen reinzudrücken, und in der Hoffnung, dass die SPD das Kind schon schaukelt.

Und was sagt Geywitz auf die

»Niemand weiß, wo die rote Linie verläuft«

Medizinervereinigung warnt vor Atomkriegsgefahr und fordert Waffenstillstand. Ein Gespräch mit Ute Rippel-Lau

Zum zweiten Jahrestag des Inkrafttretens des UN-Vertrages zum Verbot von Atomwaffen fand am vergangenen Wochenende eine Konferenz der Ärzteorganisation IPPNW statt. Um was ging es auf Ihrer Tagung in Hamburg?

Wir haben uns auf unser zentrales Thema, die Verhütung des Atomkrieges, konzentriert. Das ist im Moment besonders brisant. Die Debatte um neuerliche Waffenlieferungen an die Ukraine ist nach dem Beschluss der Bundesregierung virulenter denn je. Unsere Ergebnisse haben wir in einer Abschlusserklärung veröffentlicht.

Welche Forderungen enthält diese Erklärung?

Insbesondere sind wir uns einig, dass der Krieg unverzüglich beendet werden muss. Es braucht diplomatische Lösungen und den Aufbau einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsstruktur. Um das Atomkriegsrisiko zu minimieren, fordern wir, dass beide Atomkräfte – Russland und die USA – ihre Atomwaffen aus der erhöhten Alarmbereitschaft herausnehmen, in die sie aktuell versetzt sind. Das Konzept der »nuklearen Abschreckung« lehnen wir ab, denn es stellt die Gesellschaft vor ein inakzeptables Risiko der vollständigen Vernichtung. Es ist jedoch Bestandteil der Nukleardoktrinen der NATO, der USA und Russlands.

Wir haben auch ein Statement gegen den »First use« gemacht – der Ersteinsatz von Atomwaffen wird weder in der russischen noch der NATO-Strategie ausgeschlossen. Nur China schließt einen »First use« aus. Darüber hinaus fordern wir das Ende der »nuklearen Teilhabe« in Deutschland,



Ute Rippel-Lau ist Vorstandsmitglied der »Internationalen Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges – Ärzt*innen in sozialer Verantwortung« (IPPNW)

insbesondere ein Ende der Modernisierung der Bomben in Büchel. Und wir fordern von der Bundesregierung die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages.

Inwieweit vergrößern die von der Bundesregierung beschlossenen Lieferungen von Kampfpanzern an die Ukraine aus Ihrer Sicht die Gefahr eines Atomkrieges?

Mit Panzerlieferungen wird Öl ins Feuer gegossen. Die verbreitete Annahme, diese Panzer würden Menschen schützen, ist ein großer Irrtum. Nur ein Waffenstillstand kann die Zivilbevölkerung effektiv schützen. Die Lieferung von Offensivwaffen wie »Leopard«-Panzern bedeutet eine Eskalation dieses Krieges bis hin zur Möglichkeit eines Atomkrieges. Die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages hatte schon vor einigen Monaten festgestellt, dass bereits die Tatsache der Ausbildung von ukrainischen Soldaten in Deutschland als Teilnahme an diesem Krieg gedeutet

werden kann. Und das ist noch sehr vorsichtig ausgedrückt.

Es geht auch um die Frage, ob es überhaupt realistisch ist zu glauben, dass eine Atommacht konventionell besiegt werden kann. Die IPPNW setzt sich dafür ein, einen diplomatischen Ausweg aus diesem Krieg zu finden. Denn letztendlich weiß doch niemand, wo die rote Linie verläuft. Das ist ein Spiel mit dem Feuer.

Wie müssten diplomatische Lösungen aussehen, um die Kampfhandlungen in der Ukraine dauerhaft zu stoppen?

Die erste Voraussetzung ist ein Waffenstillstand, ohne den nicht verhandelt werden kann. Der könnte erreicht werden, in dem andere Regierungen auf die Kriegsbeteiligten einwirken, also etwa Europa und die USA auf die Ukraine und der globale Süden mit China auf Russland. Wenn dann ein Waffenstillstand erreicht ist, wäre damit ein Fenster für Verhandlungen geöffnet. Was dann genau verhandelt wird, ist ein offener Prozess.

Mit der Hamburger Deklaration möchten Sie auch Ärztinnen und Ärzte sowie Angehörige von Gesundheitsberufen ermuntern, sich der weltweiten IPPNW-Bewegung anzuschließen. Erhalten Sie Zulauf in diesen Zeiten?

Wir haben einige zusätzliche Eintritte. Man darf aber auch nicht verschweigen, dass ein paar Mitglieder ausgetreten sind, weil sie unseren Kurs nicht richtig finden. Dennoch gibt es in der Summe viel mehr Ein- als Austritte. Weltweit organisieren sich in der IPPNW circa 150.000 Ärztinnen und Ärzte in über 60 Nationen auf fünf Kontinenten.

Interview: Henning von Stoltzberg

■ Abgeschrieben

■ Die Bürgerinitiative Oslebshausen und das Bremer Friedensforum fordern anlässlich des Holocaustgedenktags in einem offenen Brief an die Mitglieder der Bremer Bürgerschaft »aufrichtige Gedenkarbeit«:

Sehr geehrte Abgeordnete, am 27. Januar ist Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Wie an vielen anderen Tagen der vergangenen zwei Jahre möchten wir Sie auch anlässlich dieses Gedenktages an die Verbrechen des NS-Regimes im Bremer Westen und anderen Teilen der Stadt erinnern.

Es reicht unseres Erachtens nicht, für ein Foto mit einem Schild »We remem-ber« oder »Nie wieder« zu posieren. Wir brauchen eine aufrichtige und mahnende Gedenkarbeit – und endlich eine faktenbasierte Debatte in der Bremischen Bürgerschaft. (...)

Die archäologischen Grabungen wurden nun beendet. Die Ergebnisse sind erschreckend und zeigen die Defizite Bremer Politik und Verwaltung in den vergangenen sieben Jahrzehnten im Umgang mit diesem Areal auf: mehrere Massengräber, 66 vollständige Skelette, eine bislang ungenannte Anzahl von Schädeln und Brustkörben, über 20.000 Knochen und Knochenanteile und über 200 Erkennungsmarken.

Angesichts dieser erschreckenden Funde sind wir irritiert, dass es bis zum heutigen Tage keine öffentliche, an die Opfer und ihre Angehörigen gerichtete Entschuldigung des Bremer Senats und der Bremischen Bürgerschaft gibt.

Wir sind weiterhin der Auffassung, dass eine parlamentarische Debatte zum Thema des sogenannten Russenfriedhofs und des zukünftigen Umgangs mit diesem authentischen Ort, der im Kontext der größten Ansammlung von Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiterlagern in Bremen steht, ein wichtiger Beitrag für eine demokratische Willensbildung gewesen wäre. Hier hätten die Abgeordneten allein ihrem Gewissen verpflichtet und von jeglichem Fraktionszwang befreit debattieren können. Es hätte eine parlamentarische Sternstunde für Bremens Hohes Haus und die freiheitliche Demokratie werden können.

Wir bedauern, dass der Bremer Senat, die Bremische Bürgerschaft und die demokratischen Parteien diese Chance für die parlamentarischen Sitzungen im Vorfeld zum diesjährigen Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus nicht ergriffen haben. (...) Man denkt offenbar daran, eine bloße Gedenktafel auf dem Areal des

Zwangsarbeiterfriedhofs aufzustellen. Wir halten dies – unabhängig von der Frage der Bebauung des Geländes mit einer Bahnwerkstatt – für bei weitem nicht ausreichend.

■ Anlässlich der am Freitag veröffentlichten Beschlüsse der Kultusministerkonferenz, den deutschlandweiten Lehrkräftemangel zu beheben, erklärte Elisabeth Kula, Vorsitzende und bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Hessischen Landtag:

Jahrelange Fehlprognosen bezüglich der Schülerzahlen, keine Ausbildungsstellen und deutlich zu hohe Arbeitsbelastungen haben deutschlandweit zu Lehrkräftemangel geführt, auch wegen Fehleinschätzungen der Kultusministerkonferenz.

Dass sich dieser in den nächsten Jahren noch verstärken wird, ist längst kein Geheimnis. Doch dieser Entwicklung mit Mehrarbeit und längerer Lebensarbeitszeit entgegenwirken zu wollen ist hohörsch. Denn längst ist sich ein Großteil der Lehrkräfte sicher, das eigentliche Rentenalter gesundheitlich unversehrt nicht erreichen zu können. Zu lang ist die tatsächliche Arbeitszeit und zu hoch die Belastungen.